

presse

Zivilgesellschaft gegen Vermögens- und Einkommenskonzentration: Politik muss handeln

Zu Forderungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen nach einer stärkeren Besteuerung des Reichtums in Deutschland erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß:

Die Forderung nach einer stärkeren Besteuerung des Reichtums in Deutschland von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden heute vor dem Bundeskanzleramt müsste eigentlich auch dem Letzten klarmachen:

Eine zunehmende Vermögens- und auch Einkommenskonzentration destabilisiert eine Gesellschaft und ist damit eine bedrohliche Entwicklung. Diese Konzentration zu kritisieren und Vorschläge zu ihrer Reduktion zu machen, ist die Pflicht verantwortungsbewusster Bürger und Gruppierungen. Hierbei geht es nicht um „linke Spinnerei“ oder „Klassenkampf“, sondern es handelt sich um ein wichtiges Anliegen der Zivilgesellschaft.

Eine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen muss deshalb ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Das hat nichts mit Neid zu tun und auch nicht mit Angst, weil es nicht darum geht, Bürgern hart verdientes Geld wegzunehmen.

Das Bewusstsein, dass nur durch eine stärkere Besteuerung des Reichtums in Deutschland zentrale gesellschaftliche Aufgaben, wie ein gutes Bildungssystem und eine ausreichende Infrastruktur zu finanzieren sind, nimmt erfreulicherweise zu.